

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 21 (1965)
Heft: 1

Rubrik: Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Mann spricht nicht nur „Dollar“ so aus, daß es sich auf den längsten „Talar“ reimt (Dolaar), sondern er verwendet in seinem „nächste“ ein Schluß-E, das in der Mitte zwischen einem deutschen e und einem französischen é liegt — so, wie es die Primarschülerlein lesen, bevor es ihnen die Lehrerin abgewöhnt: Einé schöné grüné Wiesé. — „Die nächsté Nachrichten hören Sie um ...“ Die Hörer wären dankbar, einmal auch „die nächsten Nachrichten“ zu hören.

Damit Primarschülerlein nicht im Diktat Fehler machen, sei ausdrücklich erklärt: „Nachrichten“ ist die Mehrzahlform von „Nachricht“. Man kann also die „nächste Nachricht“ abwarten, aber nur „die nächsten Nachrichten“ — oder dann „die nächste Nachrichtensendung“. Eigentlich sollte man das einem offiziellen Sprecher nicht erst sagen und erklären müssen. Schließlich verdient er doch seine Dolaaars mit schriftsprachlichen Produktionen, oder nicht?

Pique im „Nebelspalter“

Nachrichten

Jahresversammlung 1965 am 28. März

Die Jahresversammlung des Deutschschweizerischen Sprachvereins soll am Sonntag, 28. März, in St. Gallen stattfinden, mit einem zwanglosen Zusammensein am Vorabend. Gemeinsam mit der Gesellschaft für deutsche Sprache in St. Gallen haben wir ein anziehendes Programm aufgestellt, das allen Mitgliedern und „Sprachspiegel“-Bezügern noch zugeschickt wird.

Merken Sie sich aber bitte schon jetzt vor: 27./28. März in St. Gallen! Verlangen Sie weitere Einladungen beim Rechnungsführer; Gäste sind uns immer willkommen!

Alt Bundesgerichtspräsident Blocher †

Am 10. Dezember 1964 ist in Pully bei Lausanne unser Ehrenmitglied Dr. Eugen Blocher im Alter von beinahe 82 Jahren gestorben. Der in Münchenstein Geborene begann nach Rechtsstudien in Basel und Berlin seine Laufbahn am Basler Gericht, wo er Präsident des Zivilgerichts und Mitglied der Justizkommission wurde. 1928 wählte ihn die Bundesversammlung ins Bundesgericht, dem er bis 1952 angehört hat, 1949 bis 1950 als Präsident. Dem Sprachverein trat er, ein Vetter des Mitgründers und langjährigen Obmanns Pfarrer Eduard Blocher, schon 1907 bei. Er hat bis zuletzt an seiner Arbeit Anteil genommen und sich für unsere Ziele eingesetzt; er wußte sich bei vielen Gelegenheiten mannhaft für die deutsche Sprache zu wehren.

„Der welsche Michel im Oberwallis“

Bei Stalden, wo sich die Matter- und die Saaservispa vereinigen, ist eine neue Straßenbrücke eingeweiht und nach dem Ortsheiligen St. Michael benannt worden, worüber welsche Zei-

tungen unter dem Namen „Pont Saint-Michel“ berichtet haben — und die deutschschweizerische Presse unbesehen auch. „Obwohl es sich dabei nur um einen der nicht seltenen und verzeihbaren Journalistenschnitzer und Übersetzerverstöße handelt“, schreibt

dazu Adolf Fux in der „NZZ“, und obwohl die Deutschwalliser eine „Minderheit ohne Separatistenkomplex“ seien und bleiben wollen, „blieb die Verwelschung des Namens der achten Brücke von Stalden im Oberwallis nicht ohne Schmerz und Echo.“ Wann endlich nimmt die äußere Schweiz zur Kenntnis, daß das Oberwallis, „ein Sprachstammland unseres Höchstalemannisch“, deutscher Muttersprache ist und seinen Werken deutsche Namen gibt?

Walservereinigung Graubündens

Die 1960 gegründete Vereinigung hielt im vergangenen November ihre Jahresversammlung. Unter Prof. Dr. Hans Plattner als Präsidenten zählt sie heute 305 Mitglieder. Diese setzen sich ein für die Eigenart, und namentlich auch die Mundart der Bündner Walsersiedlungen (Rheinwald, Avers, Vals, Safien; Obersaxen; Davos, Arosa und Langwies, hinteres Prättigau, Furna, Valzeina, Says, Trimmis usw.); sie widmen sich der Heimatgeschichte, Volkskunde und Mundartpflege, öffnen Heimatmuseen und ein Bilderarchiv und fördern gute Mundartdichtung. So soll Jörgers köstliches Büchlein „Urchigi Lüt“ neu herausgegeben werden.

Ein Drittel der Freiburger spricht deutsch

Soeben ist der achte Band der Veröffentlichungen über die Volkszählung von 1960 erschienen. Das Eidgenössische Statistische Amt durchleuchtet in ihm den Kanton Freiburg.

Wie es sich für den zweisprachigen Kanton gehört, sind Vorwort und Einleitung in französischer und deutscher Sprache gehalten. An Ergebnissen halten wir fest: Von den 159 194 Einwohnern des Kantons sind 100 833 oder 634‰ französischer und 54 201 (340‰) deutscher Muttersprache. Die Hauptstadt Freiburg zählt 32 583 Einwohner, wovon 19 808 (611‰) französischer und 10 720 (329‰) deutscher Muttersprache.

Französische Klasse?

Grenchen — rund 15 Kilometer von Biel entfernt — liegt schon vollständig in deutschem Gebiet. Trotzdem aber haben die Fremdsprachen in letzter Zeit an Wichtigkeit gewonnen. Die Uhrenindustrie beschäftigt Arbeiter aus Moutier und dem welschen Jura. Dies mag auch der Grund gewesen sein, weshalb im Gemeinderat eine Motion eingereicht wurde, welche die Schaffung einer welschen Klasse auf freiwilliger Basis im 9. Schuljahr zum Ziele hat. Je nach dem Anmeldeergebnis sollen Knaben und Mädchen berücksichtigt werden, mit Vorteil jedoch nur Töchter, welche gleichzeitig ihr hauswirtschaftliches Schuljahr absolvieren könnten. Der Lehrplan wird durch die Vorbildung bestimmt. Sicher ist, daß der gesamte Unterricht nur in französischer Sprache erteilt wird. Das Unterrichtslokal muß vom übrigen Schulbetrieb getrennt sein, weil sich die Schüler auch außerhalb der Schulstunden nur in französischer Sprache unterhalten dürfen. Mit dem Zustandekommen dieses Versuches möchte man folgende Ziele erreichen: Bereicherung des französischen Sprachschatzes, Ersatz für ein Welschlandjahr, längerer Aufenthalt im elterlichen Heim und bessere sprachliche Voraussetzungen für anschließende Berufslehren. („National-Zeitung“) Wenn es dabei bleibt!

Das Schweizerdeutsche Wörterbuch

(Idiotikon), das ja auch vom Sprachverein mit 50 Franken im Jahr unterstützt wird (gerne gäben wir mehr!), ist gemeinsam mit den drei andern „nationalen Wörterbüchern“ (*Glossaire des patois de la Suisse romande*, *Dicziunari rumantsch grischun* und *Vocabolario dei dialetti della Svizzera italiana*) an den Bund gelangt, um eine neue, erhöhte Unterstützung zu erlangen, da der Bundesbeschluß, welcher ihm für die letzten zehn Jahre einen jährlichen Beitrag von höchstens 60 000 Franken und höchstens 65%

der nachgewiesenen Ausgaben zugesichert hatte, Ende 1964 ablief. Die stark gestiegenen Druck- und allgemeinen Lebenskosten sowie die Notwendigkeit, die Gehälter der Redaktoren endlich denen der Zürcher Mittelschullehrer anzugleichen, führten zur Forderung eines Höchstbetrages von 140 000 Franken und 70% der Ausgaben unter Ermächtigung des Bundesrates, bei stark veränderten Verhältnissen darüber hinauszugehen. Denn auch der neue *Bundesbeschluß* soll wieder für zehn Jahre gelten; und was heute genügend scheint, kann in sechs, sieben Jahren mehr als knapp werden, wie die Erfahrung gelehrt hat. Unterdessen sind die Gehälter der Zürcher Mittelschullehrer *jetzt schon* soviel gestiegen, daß selbst bei Gewährung von 140 000 Franken und 70% durch den Bund deren Ausrichtung nicht gesichert ist!

Die Botschaft des Bundesrates wollte jedem der vier Wörterbücher nur 120 000 Franken und dem Idiotikon nur 65% zugestehen; der *Ständerat* bewilligte im Herbst 140 000 Franken (das sind fürs Idiotikon 233% des bisherigen Höchstbetrages!), aber wie bisher nur 65% der Ausgaben: die 21 ganz oder teilweise deutschsprachigen Kantone könnten wohl 35% aufbringen, um so mehr als die Kulturpflege grundsätzlich Sache der Kantone sei. Aber was zahlen sie? Zwischen 11 200 und — sage und schreibe — 150 Fran-

ken, insgesamt knapp 45 000 Franken im Jahr, und das erst seit wenigen Jahren als Ergebnis dringender Gesuche. Die Ermächtigung des Bundesrates, irreführend „Teuerungsklausel“ (und ganz falsch gelegentlich sogar „Indexklausel“) genannt, lehnte der Ständerat ab. In der Wintersession stimmte der *Nationalrat* hingegen allen Forderungen zu, nicht zuletzt dank dem Einsatz des Kommissionspräsidenten Dr. Alfons Müller-Marzohl. Der Ständerat beharrte auf seinem Standpunkt. Die Differenzenbereinigung wird in der Frühjahrssession weitergehen.

Ein verständlicher Wunsch zum Sprachgebrauch

Die Vereinigung der auswärtigen Berner Jurassier (Zürcher Sektion) verwahrt sich in der Presse gegen die *irreführende* Verwendung des Wortes „*Jurassier*“ im Sinne von „Separatisten“. Die Mehrheit der Bürger im Berner Jura und die Mehrheit der auswärts wohnenden Berner Jurassier lehnen die Bestrebungen und Taten der Separatisten ab (Brandstiftungen, Sprengstoffanschläge, Beziehungen zu französischen Rechtskreisen usw.) und empfinden es als eine Beleidigung, mit den Separatisten gleichgestellt zu werden. Wenn von Separatisten die Rede ist, dann sollen diese auch so bezeichnet werden.

„Institut für deutsche Sprache“

Das am 19. April 1964 gegründete „Institut für deutsche Sprache“, dessen zehnköpfigem Vorstand unter dem Vorsitz von Professor *Hugo Moser* (Bonn) auch der Zürcher Germanist Professor *Hotzenköcherle* angehört, hat am 8. Januar eigene Räume in *Mannheim*, nicht weit von der Duden-Redaktion, bezogen und geht unter der Leitung von Dr. *Paul Grebe* mit fünf ständigen wissenschaftlichen Mitarbeitern (bald sollen es fünfzehn sein) eifrig und planmäßig an die Arbeit.

Seine Aufgabe ist die *wissenschaftliche Erfassung der heutigen deutschen Sprache*, so wie sie wirklich ist. Dazu ist eine breite Grundlage von Belegen aufzubauen, zunächst einmal von schriftlichen aus allen Sprachschichten von der Erzählung über Zeitungsartikel und -inserate bis zu Geschäftsbriefen und amtlichen Akten. Dann soll aber auch das *gesprochene* Hochdeutsch, wie es bei Ansprachen, in Rundfunk und Fernsehen, aber auch im Geschäft und in der Straßenbahn zu hören ist, festgehalten werden.

Ausgewertet wird das dann mit Hilfe von Lochkarten und elektronischen Speicherapparaten. Die Ergebnisse sollen der Wissenschaft möglichst rasch in *Einzelveröffentlichungen* zugänglich gemacht werden: etwa über den heutigen Gebrauch des Konjunktivs, der Zeiten, der Präpositionen, dann über den Einfluß der Alltagssprache auf das Schriftdeutsch, die fach- und fremdsprachlichen Einflüsse, wobei immer auch die Unterschiede innerhalb des Sprachgebiets, namentlich in Österreich und der Schweiz, beachtet werden sollen. Auch Grundlagenforschung zur deutschen Rechtschreibung und zur *Sprachpflege* ist vorgesehen. Über alldem aber steht als Großziel, auf das neben den Sonderarbeiten von Anfang an planmäßig losgesteuert wird, die Erarbeitung einer *umfassenden wissenschaftlichen Grammatik des gegenwärtigen Deutsch*. Man hofft dabei auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit allen Universitäten und sonstigen Sprachforschungsstellen, auch außerhalb der Bundesrepublik. Das nötige Geld scheint durch eine großzügige Anfangshilfe der Thyssen-Stiftung, durch Beiträge der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg und der Stadt Mannheim sowie durch einen privaten Fördererkreis einstweilen sichergestellt zu sein.

Jura-Forderungen

Die „Jurassische Deputation“ (Abordnung), welche alle Großräte aus den sieben jurassischen Amtsbezirken umfaßt (von denen einer, Laufen, deutscher Sprache ist), hat sich des Auftrages entledigt, zu Händen der Berner Regierung die Forderungen des Berner Juras zusammenzustellen.

Wir wollen die 17 Punkte hier nicht wiederholen; sie waren in der Presse zu lesen. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß sie *sehr weit gehen* — aber zum Teil nur *mit schwacher Mehrheit* angenommen worden sind, so daß also keineswegs überall der ganze Jura dahintersteht.

Zwei Fragenkreise seien hier nur herausgehoben:

Von 11 bernischen Regierungsräten sollen 3 dem Jura zustehen und in eigener Wahl gewählt werden. Für Änderungen an der Kantonsverfassung wird die doppelte Mehrheit im alten Kanton und im Jura gefordert. Wahl eines Ständerrates (von den zwei dem Kanton Bern zustehenden) im eigenen jurassischen Wahlkreis: also wie in einem Halbkanton! Ist eine so weitgehende Selbständigkeit und vor allem *Übervvertretung* (der Jura stellt 17% der Kantonsbevölkerung) *innerhalb eines Kantons* tragbar? In der Eidgenossenschaft, im Bundesstaat (früher Staatenbund) bestehen seit alters *Übervvertretungen* schwächerer Teile (Land gegen Städte, katholische gegen reformierte Orte); solche Wälle gegen eine durchgehende Übermehrung haben sich als segensreich erwiesen. Innerhalb eines Kantons aber kannte man solches bisher nicht. Deshalb braucht man es nicht von vornherein abzulehnen; aber das *tragbare Maß* muß sorgsam abgewogen werden! Es dürfte um einiges tiefer liegen.

Weiter: Zuerst tritt uns der Jura als *geschichtliche Einheit* entgegen, dann aber geht es auf einmal nicht mehr um diesen Begriff des (zweisprachigen, wenn auch mehrheitlich französischen) Juras, sondern um das *französische Sprachgebiet* und dessen Bevölkerung! Die Vorteile kämen ziemlich ausschließlich dieser zugute: Mehrheit von jurassischen Richtern französischer Zunge in den obersten Gerichten und Vertretung der Anklage in französischer Sprache durch den Staatsanwalt bei Behandlung jurassischer Angelegenheiten (wobei immerhin der Amtsbezirk Laufen ausgenommen wird). Auch der Staatsschreiber oder sein Stellvertreter soll stets ein Jurassier französischer Sprache sein. Anstellung eines gerechten Anteils von jurassischen Beamten französischer Muttersprache in der Kantonsverwaltung. Die Bieler sollen das Recht erhalten, sich im Wahlkreis des Juras einzuschreiben (nur für die Nationalratswahlen?). In Frage kommen selbstverständlich nur die Welschbieler. Damit greift aber der

Jura über seine Grenzen hinaus (der Amtsbezirk Biel wird nicht zum Jura gerechnet). Und vor allem: *Der Gebietsgrundsatz*, der in sprachlicher Hinsicht (geschlossene Sprachgebiete, was Amts- und Schulsprache betrifft) in Biel schon durchbrochen ist, soll nun auch noch *wahlrechtlich durchlöchert* werden. Kann man das zulassen?

Die Berner Regierung tut gut daran, wenn sie diese Forderungen sehr genau prüft und prüfen läßt. Dieselbe Aufgabe hat aber auch jeder Staatsbürger.

Deutsch in aller Welt

Tschechoslowakei. — „Die Prager Tageszeitung «Svobodne Slovo» berichtet, daß sich die deutsche Sprache an den tschechoslowakischen Schulen heute wieder großen Interesses erfreut. Auf Grund einer Untersuchung wurde festgestellt, daß von den 105 000 Schülern der siebenten bis neunten Grundschulklassen mehr als vier Fünftel Deutsch als Fremdsprache gewählt haben. Die restlichen 20 000 Schüler entschieden sich für Englisch oder Französisch. Überhaupt steht Deutsch heute unter den Freigegenständen an den Grundschulen an erster Stelle. Erst dann kommen Nähen, Kochen, Gesang und andere Fremdsprachen.“ Amtliche Stellen möchten allerdings den Englisch- und Französischunterricht fördern, doch fehle es dazu an Lehrern. — („Die Presse“, Wien, 20.7.64)

Türkei. — Es gibt in der Türkei zwei deutsche Schulen: die Deutsche Oberrealschule in Istanbul und die Privatschule der Deutschen Botschaft in Ankara. Sie vermögen aber der großen Nachfrage in keiner Weise zu genügen. Die Istanbuler Oberrealschule konnte im Herbst 1962 von 750 Bewerbern, 100 mehr als im Vorjahr, nur 86 aufnehmen. In Izmir (Smyrna), wo bereits eine Englisch- und eine Französischschule (diese für Mädchen) bestehen, spricht man von der Wünschbarkeit der Gründung einer deutschen Schule; ebenso im Wilajet Antalya, wo 50 Prozent aller Mittel- und Oberschüler als erste Fremdsprache Deutsch lernen. Die jungen Türken lernen die deutsche Sprache aus praktischen wie auch gefühlsmäßigen Gründen: „Es ist eben die Sprache einer befreundeten Nation.“ — Daneben bestehen dank der Tätigkeit des Türkisch-Deutschen Kulturbeirats in Ankara, Istanbul und Izmir sogenannte Dozenturen des Goethe-Instituts, die Sprachkurse, Vorträge, Konzerte, Filmabende und Ausstellungen veranstalten (Izmir 1959, Istanbul 1961, Ankara 1963). „Dem Leiter der Dozentur in Izmir stehen 6 türkische Deutschlehrer als Mitarbeiter zur Verfügung. Auf seinen Reisen in die anderen Regierungsbezirke hat er überall ein großes Bedürfnis nach Deutschunterricht für Erwachsene feststellen können; dabei ist es ihm gelungen, mit Hilfe der örtlichen Volksbildungswerke Nebenstellen einzurichten, an denen ebenfalls die dortigen Deutschlehrer als sogenannte Ortskräfte tätig sind.“ — („Badische Neueste Nachrichten“, Karlsruhe, 27.7.64)

Israel. — Am 14. Kongreß des Internationalen Bundes der Privatangestellten, der vom 20. bis 26. Mai 1964 in Tel Aviv stattfand, nahmen auch drei Schweizer als Vertreter des SKV und des VHTL teil. Einige Ausflüge ins Innere des Landes gaben Gelegenheit, Land und Leute in Israel etwas kennenzulernen. Jack Meyer (VHTL) berichtet: „Mit der deutschen Sprache kommt man sozusagen überall gut durch, besser als mit der französischen. So hat man häufig